

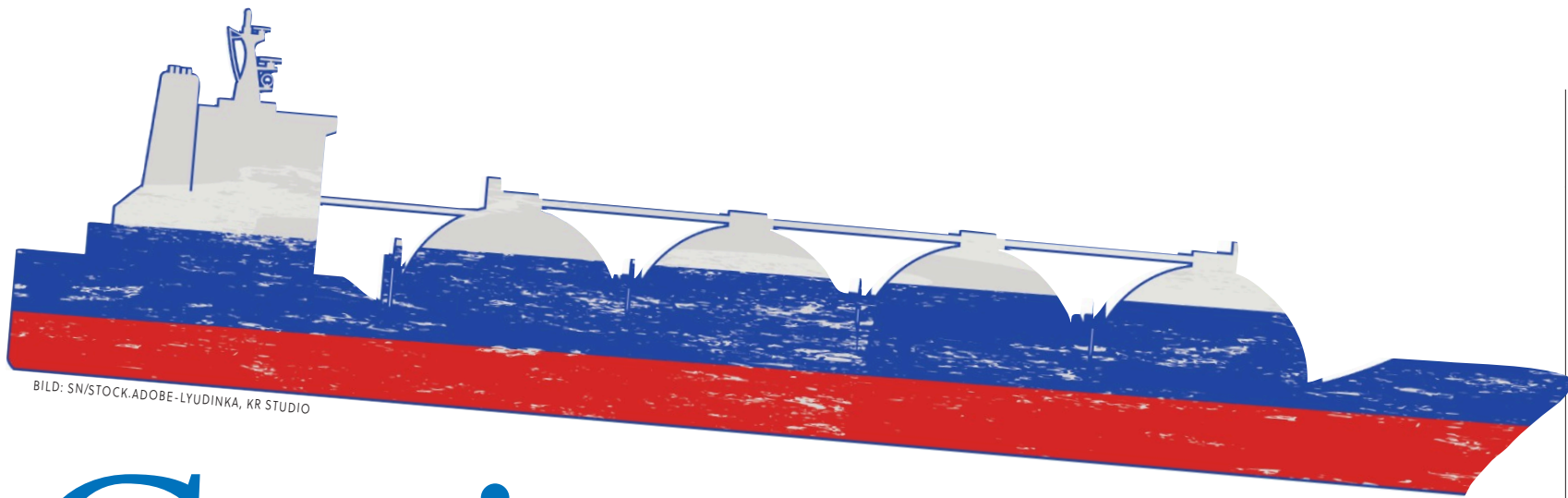


BILD: SN/STOCK.ADOBE-LYUDINKA, KR STUDIO

Gasimport aus Russland soll enden

Mehr als drei Jahre nach Kriegsbeginn in der Ukraine versucht die EU-Kommission den Ausstieg.

THOMAS SENDLHOFER

STRASSBURG. 23 Milliarden Euro sind laut Energiekommissar Dan Jørgensen im Vorjahr von EU-Staaten für Energielieferungen an Moskau überwiesen worden. „Das ist mir doch etwas peinlich“, sagte Jørgensen am Dienstag im EU-Parlament in Straßburg. Dort stellte er einen Fahrplan vor, wie die Energieimporte aus Russland, vor allem von Erdgas, enden sollen.

Die waren seit dem Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 zwar rückläufig, aber immer noch beträchtlich. Im Jahr vor Kriegsbeginn beliefen sich die Importe noch auf mehr als 150 Milliarden Kubikmeter. 2024 waren es noch rund 52 Milliarden Kubikmeter Gas – das entsprach knapp einem Fünftel des Bedarfs in der EU. Nach dem Ende des Gastransits durch die Ukraine, über den auch russisches Gas nach Österreich strömte, dürfte 2025 die Menge weiter sinken.

Von den Rückgängen unberührt blieben die Importe von verflüssig-

tem Erdgas (LNG) über die Seehäfen. Die haben sogar noch zugenommen. Ende 2027 soll nach Vorstellungen der EU-Kommission auch damit Schluss sein – der Abschluss neuer Verträge soll verboten, längerfristige Vereinbarungen sollen aufgekündigt werden. „Die Mitgliedsstaaten



BILD: SNEVE/CLAUDIO CENTONZE

„Peinlich, dass wir noch Geld überweisen.“

Dan Jørgensen, EU-Energiekommissar

werden aufgefordert, entsprechende Pläne vorzulegen.“

Politisch könnte das Vorhaben noch zum Zankapfel werden. Denn vor allem Ungarn und die Slowakei haben bisher keine Bereitschaft gezeigt, sich vom Gas aus Russland loszusagen. Wie er das Importverbot konkret durchsetzen will, blieb der Kommissar schuldig. Die Details will er in einem Monat vorlegen. Laut Jørgensen soll die Entschei-

dung mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedsstaaten getroffen werden. Er gehe davon aus, dass sich dann alle daran halten müssten.

Bleibt die Frage, was von dem Vorhaben übrig bleibt, sollte vor der Umsetzung ein Friedensvertrag zwischen Russland und der Ukraine geschlossen werden. Jørgensen sagte, er wolle die Pläne vorantreiben, unabhängig davon, was bei den Verhandlungen passiere. „Gäbe es morgen Frieden, wäre es auch nicht vernünftig, wieder abhängig zu werden von russischem Gas und Öl.“ Russland bleibe eine Bedrohung für alle in Europa.

Breite Unterstützung für ein Ende der Energieimporte aus Russland gab es aus den Reihen des EU-Parlaments. Es sei wichtig, diese Finanzierungsquelle des Kriegs in der Ukraine trockenzuliegen, hieß es vom CDU-Abgeordneten Christian Ehler, der zur Vorsicht mahnte: „Nicht für alle Mitgliedsstaaten ist es einfach, sich innerhalb von kürzester Zeit von russischen Importen loszusagen.“ Die Grünen-Parla-

mentarierin Lena Schilling warnte vor dem Fehler, „in die nächste fossile Falle zu tappen – etwa durch teures LNG aus den USA“. Stattdessen brauche es generell den Abschied von fossilen Energieträgern.

FPÖ-Mandatar Roman Haider forderte, die europäische Wirtschaft im Blick zu behalten, die unter Druck stehe. Er halte einen vollständigen Ausstieg aus russischem Gas für kaum machbar. Die Wiederaufnahme des Betriebs von Pipelineverbindungen nach Russland ist für ihn im Falle eines Kriegsendes in der Ukraine denkbar: „Auch die Ukraine hat an den russischen Gaslieferungen über ihr Gebiet verdient. Das Geld könnte damit dem Wiederaufbau zugutekommen. Es ist aber auch eine Frage der Konditionen. Wenn es der europäischen Wirtschaft durch sinkende Energiepreise hilft, wäre es eine Win-win-Situation für alle Seiten.“

Transparenzhinweis: Die Kosten für die Straßburg-Reise werden vom Europäischen Parlament übernommen.

STANDPUNKT
Thomas Sendlhofer



Ausstieg muss endgültig sein

Mehr als 50 Milliarden Kubikmeter Gas sind 2024 aus Russland in die EU geflossen. Das entspricht rund einem Drittel der Menge, die vor dem Überfall auf die Ukraine importiert wurde. Die Kommission will, dass die Energiegeschäfte 2027 der Vergangenheit angehören.

Ob der Plan aufgeht, ist offen. Einerseits wollen Ungarn und die Slowakei an ihren guten Beziehungen nach Moskau und damit an den Importen festhalten. Andererseits werden Stimmen lauter, die eine Rückkehr zu Gasgeschäften im großen Stil mit Russland fordern, sobald ein Friedensvertrag mit der Ukraine geschlossen ist.

Wenn sich die EU mit ihren vollmundigen Solidaritätsbekundungen gegenüber Kiew nicht blamieren will, muss der Ausstieg gelingen – und zwar endgültig. Selbst wenn der Krieg endet, ist ein Zurück keine Option. Putin muss die Konsequenzen für den völkerrechtswidrigen Einmarsch ins Nachbarland mit Zehntausenden Toten auf den Schlachtfeldern und in der Zivilbevölkerung weiter spüren. Neue Milliardenzahlungen sind auch tabu, weil nicht ausgeschlossen ist, dass mit dem Geld neue Feldzüge gegen die Ukraine oder andere europäische Staaten finanziert werden.

Der Weg führt ohnehin weg von den fossilen hin zu den erneuerbaren Energieträgern. Das dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern hilft der EU auch dabei, unabhängig von Lieferanten zu werden, hinter denen fragwürdige Machthaber und deren Regime stehen. In diese Kategorie sind leider zunehmend auch die USA unter Präsident Trump einzuordnen.

THOMAS SENDLHOFER@SN.AT

Deutlicher Anstieg der Firmenpleiten in Europa

WIEN. Die trübe Wirtschaftslage hat auch 2024 für einen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Europa gesorgt. In den EU-14-Staaten sowie in Norwegen, der Schweiz und in Großbritannien lag die Zahl der Firmeninsolvenzen im vergangenen Jahr bei insgesamt 190.449. Das waren um 12,2 Prozent mehr als im Jahr davor. Die Zahl markiert den höchsten Stand seit 2013, wie eine Erhebung des Gläubigerschutzverbands Creditreform zeigt. Auch in Österreich stieg die Zahl der Firmenpleiten das dritte Jahr in Folge.

„Hohe Zinsen, steigende Energiepreise, eine insgesamt schwache Nachfrage sowie geopolitische Unsicherheiten belasteten die Stabilität vieler Unternehmen. Besonders betroffen waren kleine und mittlere Betriebe, die oft nur über geringe finanzielle Rücklagen verfügen“, sagt Gerhard Weinhofer, Geschäftsführer von Creditreform in Österreich.

In Österreich gerieten 6693 Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit. Das war ein Plus von 21,9 Prozent gegenüber 2023 und der höchste Wert seit der Finanzkrise 2009. Vor allem im verarbeitenden Gewerbe (plus 28 Prozent) und im Dienstleistungssektor (plus 27 Prozent) legten die Insolvenzen 2024 zu, im Handel war der Anstieg weniger ausgeprägt (plus 13 Prozent).

In fast allen westeuropäischen Ländern nahmen die Firmenpleiten zu. In Europas größter Volkswirtschaft Deutschland stiegen sie um 22,5 Prozent, in Frankreich um 17,4 Prozent, in Italien gab es um 8,9 Prozent mehr Firmenpleiten. Griechenland verzeichnete mit plus 42,5 Prozent den größten Anstieg, dahinter folgten Irland (plus 32 Prozent) und die Niederlande (plus 31,7 Prozent). Weniger Unternehmensinsolvenzen gab es nur in Dänemark und Großbritannien. SN, APA

KURZ GEMELDET

EU arbeitet bis Juli an Antwort auf US-Zölle

BRÜSSEL. Die EU will bis Anfang Juli mögliche Gegenmaßnahmen im Handelskrieg mit den USA vorbereiten. Die US-Zölle würden 70 Prozent der europäischen Exporte in die USA betreffen, sagte Handelskommissar Maroš Šefčovič im EU-Parlament. Es könnten 97 Prozent werden, sollten weitere Branchen ins Visier genommen werden. Die USA drohen auch mit Sonderzöllen auf Pharmaprodukte und Halbleiter. Für die Verhandlungen nimmt man sich Zeit bis 8. Juli. SN, APA, Reuters

Mehr als die Hälfte der Holzernte ist Schadholz

WIEN. Österreichs Forstbesitzer haben 2024 den Holzeinschlag um 5,3 Prozent auf knapp 20 Millionen Festmeter erhöht, 11 Millionen waren Schadholz, teilte der Branchenverband Land&Forst Betriebe Österreich (LFBÖ) mit. Laut Geschäftsführer Martin Kubli lag der Holzeinschlag 2024 um neun Prozent über dem Mittelwert der vergangenen zehn Jahre. Niedrigere Holzpreise setzten aber die Forstbranche unter Druck. Der Durchschnittspreis ging von 112 Euro je Festmeter im Jahr 2022 auf 102 Euro zurück. SN, APA

Großbritannien setzt auf freien Handel mit Indien

LONDON. Großbritannien und Indien haben sich auf ein weitreichendes Freihandelsabkommen geeinigt. Für die Briten bedeutet die Einigung deutlich geringere Zölle beim Export von Whisky, Gin und Autos in die einstige britische Kolonie. Premierminister Keir Starmer sprach von einem „bahnbrechenden Abkommen“. Indien profitiert unter anderem durch geringere Zölle auf Bekleidung. Laut BBC belief sich das Handelsvolumen beider Länder im vergangenen Jahr auf 41 Mrd. Pfund (48,15 Mrd. Euro). SN, APA, dpa

Ich dadat ab
€ 0,- traden.

Österreichs bester Online-Broker
LT. ÖGVS-STUDIE JULI 2024

Finanzanlagen bergen Risiken.

DADAT – eine Marke der Schelhammer Capital Bank AG

Werbung

DADAT
BANK